

Kirchenasyl: Prozess „absolut unnötig“

Pfarrer Peter Brummer verteidigt seinen Kollegen

Tutzing – Das Kirchenasyl ist leider immer noch notwendig und wichtig: Dieser Ansicht ist Tutzings katholischer Pfarrer Peter Brummer. Aktuell ist niemand in St. Joseph im Kirchenasyl, doch in den vergangenen Jahren hat Brummer viele Menschen betreut. Dass nun sein evangelischer Kollege aus Immenstadt, Pfarrer Ulrich Gampert, wegen Gewährung von Kirchenasyl vor Gericht stand und eine Geldbuße zahlen muss, ist laut Brummer absolut unnötig: „Er hat sich nichts zu Schulden kommen lassen. Im Gegenteil.“

Brummer sagt: „Es geht beim Kirchenasyl gerade nicht darum, Beihilfe zum illegalen Aufenthalt zu gewähren oder den Rechtsstaat zu untergraben. Den Behörden wird sofort gemeldet, wo der Mensch zu finden ist. Es geht immer um den Einzelfall und



Pfarrer Peter Brummer
gewährte bereits mehreren
Flüchtlingen in Tutzing
Kirchenasyl. FOTO: PRIVAT

darum, die rechtsstaatlichen Möglichkeiten zu nutzen.“ Ziel des Kirchenasyls sei es, eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. Das sei in Tutzing mit einem starken Team in fast allen Fällen gelungen. „Wir wollen im Einzelfall weitergehendes Unrecht verhindern.“

Die jüngsten Fälle von Kirchenasyl in Tutzing waren zwei Frauen aus Westafrika. „Sie haben die Sahara und die Lager in Libyen überstanden,

das Schlauchboot auf dem Mittelmeer und die Verhältnisse in Italien“, berichtet Brummer. Nach der Ankunft in Deutschland, sollten sie abgeschoben werden. „Da kommen ich als Pfarrer und wir als Kirche in Gewissensnot. Es gibt ja die unterlassene Hilfeleistung. Die Frauen waren schwer traumatisiert, krank oder schwanger. Es ging eben wieder um den Einzelfall, um den konkreten Menschen“, sagt der Pfarrer. Der Pfarrgemeinderat und er hätten es sich zuvor gut überlegt, ob sie die Frauen aufnehmen. „Es gab vorher eine juristische Bewertung“, sagt Brummer. „Unser Ziel wurde erreicht: Das Verfahren der beiden Frauen wurde wieder aufgenommen. Das Kirchenasyl kann kein Bleiberecht erzwingen. Die Abschiebung droht weiterhin. Wir bangen und hoffen.“